

## WOHLFAHRTSSTAAT: TROTZ ERFOLGES IN GEFAHR?

1. Industriestaaten: Arbeitsmärkte im Wandel ..... 62
2. Ziel ist Zurückdrängung des „Wohlfahrtsstaates“ . 64
3. Die Ungleichheit der Verteilung nimmt zu ..... 67

**Herbert Walther**

**Universitätsprofessor  
und Leiter des  
Instituts für Arbeits-  
markttheorie  
und -politik der  
Wirtschaftsuniversität  
Wien**

**Auszug aus WISO 3/2008**

**isw**

**Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften**

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

*Wohlfahrtsstaat  
gerät durch  
Globalisierung in  
Bedrängnis*

Unter den Bedingungen der Globalisierung (aber auch aus eher hausgemachten, demografischen Gründen) gerät der „universalistische“ Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung in Bedrängnis. Obwohl der Prozess der Globalisierung an sich kein neues Phänomen ist, hat er durch die drastisch gesunkenen Transaktionskosten, die Öffnung des Ostblocks und die Integration Asiens in eine marktwirtschaftliche Arbeitsteilung erheblich an Dynamik zugelegt. Das gewaltig gestiegene Angebot an billiger Arbeitskraft hat Betriebsverlagerungen, aber auch teilweises Auslagern lohnintensiver Fertigungen aus den alten Industrieländern nach sich gezogen – mit durchaus positiven Folgen für die Empfängerländer der Direktinvestitionen: Hunderte Millionen Menschen haben sich aus absoluter Armut befreien können. Überlagert wird dieser historische Prozess durch den informationstechnischen Fortschritt, der immer mehr einfache Tätigkeiten wegrationalisiert.

### 1. Industriestaaten: Arbeitsmärkte im Wandel

*trotz steigender  
Exporte kommt  
Beschäftigungs-  
system unter  
Druck*

Obwohl auch die alten Industrieländer (z. B. Österreich) durch stark steigende Exporte in bestimmten Sektoren von der Globalisierung profitieren, ist das Beschäftigungssystem durch den beschleunigten Strukturwandel erheblich unter Druck geraten. So hat sich beispielsweise in Österreich seit Anfang der Achtzigerjahre der Anteil der (zumindest einmal während eines Jahres) von Arbeitslosigkeit Betroffenen auf 23 Prozent aller Beschäftigten nahezu verdoppelt. Geringqualifizierte, aber auch andere Problemgruppen des Arbeitsmarktes leiden unter dieser Entwicklung weit stärker. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch in anderen Ländern beobachten.

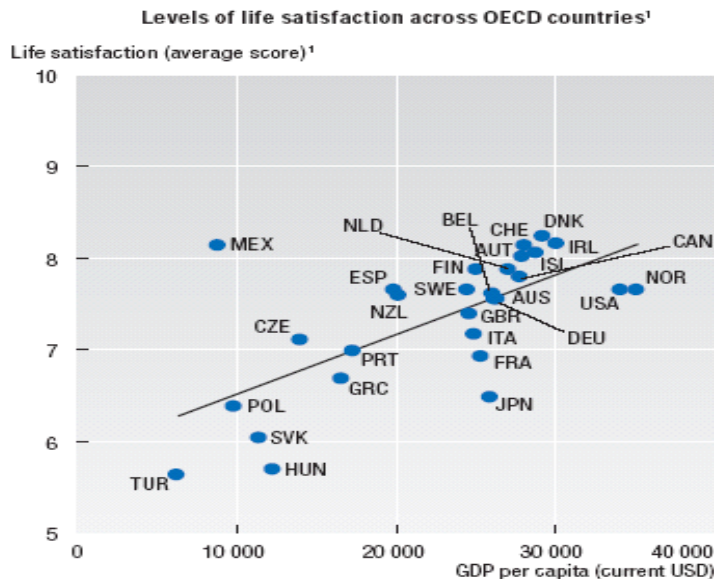
*ökonomie-  
theoretische  
Sichtweise*

Orthodoxe Ökonomen predigen angesichts dieser Tendenzen Gelassenheit und Geduld. Legt doch die ökonomische Theorie dar, dass *langfristig* alle, also auch die Beschäftigten in den „alten“ Industrieländern von der neuen Arbeitsteilung profitieren können. Sie predigen „flexiblere“ Arbeitsmärkte, also einen Abbau sozialrechtlicher Schutzinstitutionen des Ar-

beitsmarktes (Kündigungsschutz, Arbeitslosenunterstützung etc.), um Arbeitslose wieder rascher zur „Aufnahme von Arbeit zu motivieren“, und machen den „ausufernden“ Wohlfahrtsstaat dafür verantwortlich, dass sich strukturelle Arbeitslosigkeit verhärtet. Implizit (und oft auch explizit) werden die liberalen angelsächsischen Länder als leuchtendes Vorbild und als eine Art „Benchmark“-Modell gesehen – obwohl nach dem „Human Development Index“ der UNO, aber auch in vergleichenden Studien über die allgemeine Lebenszufriedenheit der Bürger vor allem die kleineren europäischen Wohlfahrtsstaaten deutlich besser abschneiden.

*Lebens-  
zufriedenheit in  
Wohlfahrts-  
staaten höher*

Abbildung 1:



## 2. Ziel ist Zurückdrängung des „Wohlfahrtsstaates“

*kein Zusammen-  
hang zwischen  
Arbeitslosigkeit  
und Sozial-  
ausgaben*

Die Staaten mit höheren Sozialausgabenquoten erreichen, so viel steht fest, einen deutlich höheren Grad an Einkommensgleichheit. Aber sind nicht gerade die „liberaleren“ Staaten wegen ihrer Bereitschaft, mehr soziale Ungleichheit (als „Leistungsanreiz“) zu akzeptieren, beschäftigungspolitisch erfolgreicher? Entgegen den Behauptungen der OECD (und des IMF) besteht im Querschnittsvergleich von OECD-Ländern kein Zusammenhang zwischen der Höhe struktureller Arbeitslosigkeit (NAIRU, Non-accelerating inflation rate of unemployment) und dem Anteil der Sozialausgaben am BIP oder gar der Einkommensersatzquote bei Arbeitslosigkeit.

Abbildung 2: Der Wohlfahrtsstaat ein „Job-Killer“?

NAIRU, Ø 1990-2007 vs. SOCIAL EXP. % of GDP, Ø 1990-2007

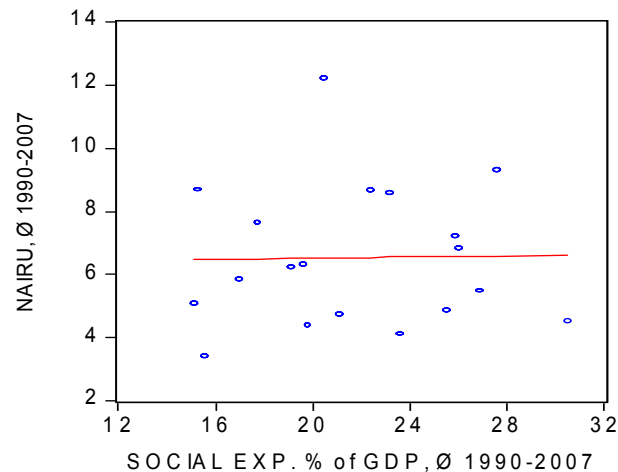
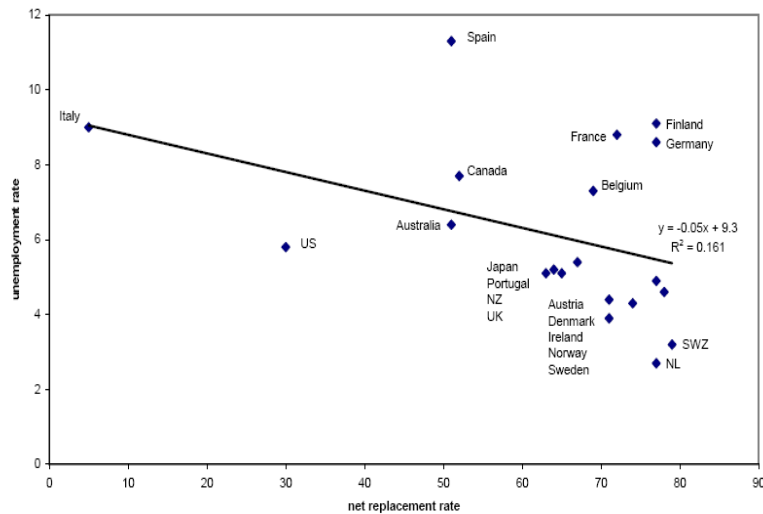


Abbildung 3: Ist die zu hohe Einkommensersatzquote bei Arbeitslosigkeit schuld?

Figure 2: Net Unemployment Benefit Replacement Rates and Unemployment for 20 OECD Countries, 2002



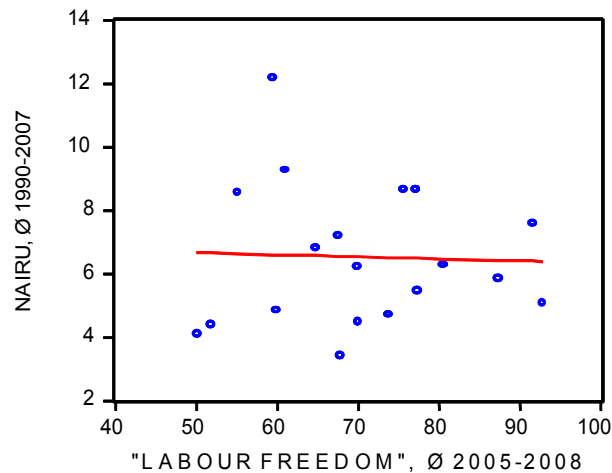
Sources: replacement rates: OECD Benefits and Wages 2004, table 3.3b ( average net replacement rates over 60 months of unemployment); unemployment rates: OECD standardized rates.

Auch zwischen dem „Labour Freedom Index“ (einem von der Heritage Foundation in den USA erstellten Länderranking arbeitgeberfreundlicher Arbeitsgesetze) und der strukturellen Arbeitslosigkeit (auf Basis von OECD-Daten) lässt sich in einem breiten Querschnittsvergleich überhaupt kein Zusammenhang erkennen. Eine weltweit zitierte, überaus sorgfältige mikroökonomische Studie von Zweimüller und Lalive (2003) auf Basis personenbezogener Erwerbskarrieren zeigt auf, dass sogar eine *simultane* Erhöhung der Einkommensersatzquote um 15 Prozent und eine Verlängerung der maximalen Bezugsdauer um 30 Prozent die Suchzeit eines Arbeitslosen nur um etwa drei Tage (!) erhöhen würde – bei einer durchschnittlichen Suchzeit von etwa 100 Tagen (2006) ein ökonomisch vernachlässigbarer Effekt.

Studie,  
Zweimüller/  
Lalive (2003)

Abbildung 4: Ist „Arbeitsmarktrigidität“ schuld?

NAIRU, Ø 1990-2007 vs. "LABOUR FREEDOM", Ø 2005-2008



*Ziel neoliberaler  
Kräfte ist es,  
Wohlfahrtsstaat  
zurückzudrängen*

Diese empirischen Befunde scheinen dafür zu sprechen, dass die Probleme des Arbeitsmarktes im Schatten der Globalisierung nur politisch instrumentalisiert werden, um jenes Ziel zu erreichen, das manche schon immer angestrebt haben: den Wohlfahrtsstaat zurückzudrängen („Dismanteling of the Welfare State“). In der Tat sind die politischen Voraussetzungen dafür günstig. In den alten Industrieländern kam es durch Globalisierung (aber auch durch eine Hinwendung zu konservativen Doktrinen der Stabilitätspolitik) zu einer massiven Stärkung der Verhandlungsmacht von Arbeitgebern gegenüber Gewerkschaften und Steuerstaat. Sinkende Anteile der Arbeitseinkommen an der Wertschöpfung sind die Folge, gleichzeitig werden die (wachsenden!) Finanzierungslasten des Sozialstaates auf die schmaler werdende Mittelschicht der Arbeitnehmer verlagert, was der politischen Entsolidarisierung zusätzlich Vorschub leistet.

### 3. Die Ungleichheit der Verteilung nimmt zu

Am Beispiel Deutschland kann man illustrieren, welche verteilungspolitischen Konsequenzen diese Entwicklung mit sich bringt: Wie eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Bach et al., 2007) zeigt, haben sich die durchschnittlichen realen Bruttoeinkommen der 0,0001 Prozent „Superreichen“ (ca. 40 Personen) zwischen 1992 und 2002 um mehr als 70 Prozent erhöht, während das Medianeinkommen innerhalb eines Jahrzehntes real um fünf Prozent gesunken ist. Gleichzeitig ist die effektive Steuerbelastung der Superreichen von 42,3 Prozent auf 32,0 Prozent gesunken, was bedeutet, dass die Nettoverteilung noch weit stärker auseinanderdriftet.

*„Superreiche“  
verdienen immer  
mehr und  
Medianeinkommen  
ist gesunken*

Besteht Hoffnung, dass sich die Dinge längerfristig zum Besseren wenden? Der verstärkte Wettbewerb auf den Gütermärkten lässt die relativen Preise (einfacher) Industrieprodukte weiter sinken, gleichzeitig steigen aufgrund weltweit zunehmender Nachfrage die Energie- und Nahrungsmittelpreise. In Umkehr eines Trends der Nachkriegszeit verschlechtern sich die „Terms of Trade“ für die alten Industrieländer. Sogar bei einer noch so klugen und langfristig angelegten Wirtschaftspolitik (siehe WIFO-Studie: „Wachstum und Beschäftigung“) kann eine Volkswirtschaft den negativen Wohlstandsfolgen einer solchen Verschlechterung nicht zur Gänze ausweichen. Angesichts des ausufernden Standort- und Steuerwettbewerbs lässt sich unschwer prognostizieren, bei welchen Gruppen der Gesellschaft diese Verluste letztlich landen werden. Unschwer kann man auch prognostizieren, dass ein Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen und ein Erstarken nationalistischer, protektionistischer, rechts- wie linksradikaler Kräfte in Europa die Folge sein werden. Umso wichtiger wäre es, Europas Institutionen in der einen („Verfassungsvertrag“) oder in der anderen Form („Kerneuropa“) zu stärken, um demokratisch legitimierte Handlungs- und Umverteilungsspielräume gegenüber dem vermeintlichen Diktat der Märkte zurückzuerobern.

*Wirtschafts-  
politik kann  
negativen  
Wohlstands-  
folgen nicht  
gänzlich  
ausweichen*

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



Oberösterreich

## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)